

Antrag Nr. 17-F-21-0095
SPD, CDU + Bündnis 90/Die Grünen

Betreff:

Beitrag der Wirtschaft zur Kinderbetreuung, Gewerbesteuer senken
- Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 09.11.2017
-

Antragstext:

Es liegt im Interesse der Landeshauptstadt Wiesbaden, dass die stetig steigenden Kinderbetreuungskosten auf eine verlässliche und gerechte Finanzierungsbasis gestellt werden. Aus diesem Grund soll die Wirtschaft an den Kinderbetreuungskosten beteiligt werden. Hierfür soll der Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden beauftragt werden, eine Vereinbarung mit der Wirtschaft zu schließen, die im Dialog mit deren Verbandsvertretern und dem Landesgesetzgeber zu entwickeln ist. Als Ausgleich für die der Wirtschaft durch die Beteiligung an den Kinderbetreuungskosten entstehenden Ausgaben wird die Gewerbesteuer gesenkt.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- a) Gespräche mit der hessischen Landesregierung, dem hessischen Städtetag und Vertretern der Wirtschaft mit dem Ziel einer Beteiligung der Wirtschaft an den Kinderbetreuungskosten aufzunehmen sowie.

Insbesondere zwei mögliche Wege zu prüfen:

1. eine Novellierung des Gesetzes über kommunale Abgaben (KAG);
2. eine Novellierung des Hessischen Kinder- und Jugendhilfegesetzbuches (HKJGB).

- b) auf Grundlage dieser Prüfungen gegenüber dem Land Vorschläge zu einer entsprechenden Novellierung vorzutragen Inhalt dieser Novellierungen soll eine institutionelle Möglichkeit sein, Handel, Gewerbe und freiberufliche Tätigkeiten an den Kosten kommunaler Kindertagesbetreuung zu beteiligen.

Wiesbaden, 09.11.2017

Bernhard Lorenz
Fraktionsvorsitzender

Nadine Ruf
Fraktionsvorsitzende

Christiane Hinnerger
Fraktionsvorsitzende

Gunnar Koerdts
Fraktionsgeschäftsführer

Dennis Volk-Borowski
Fraktionsgeschäftsführer

Matthias Schulz
Fraktionsreferent